



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Stübe, R.: Geschichtliche Bemerkungen zur chinesischen Revolution

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sie sind auch ein Symbol unserer Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit in den deutschen Naturschätzen. Ich habe einen Strauß dieser Alpenblumen mitgebracht, um sie als Zeichen unserer großen Verehrung und innigen Liebe darzubieten Seiner königlichen Hoheit Ihrem Prinzen Ludwig, unserem deutschen Prinzen Ludwig!



Geschichtliche Bemerkungen zur chinesischen Revolution

Von Dr. R. Stübe=Leipzig



aß China eine Republik geworden ist, und daß sich in der großen Umwälzung eine nationale Reaktion gegen die Fremdherrschaft der Mandschu bekundet, sind zwei Sätze, die für den europäischen Betrachter nahezu dogmatische Geltung haben. Versucht man aber, die Hergänge nach den Maßen der chinesischen Geschichte und des chinesischen Staates zu beurteilen, so gilt für den ersten Satz: eine republikanische Staatsform ist nach dem Wesen des chinesischen Staates für die Dauer kaum denkbar; für den zweiten aber: er ist sicher ganz falsch und beruht auf Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Das allgemeine Interesse, das die chinesische Revolution in weitesten Kreisen findet, ist mit einer gewissen Überraschung und Bewunderung gepaart. Wenn irgendwo in der Welt die Verhältnisse in starrer Ruhe zu beharren und in dauernder Gestaltung gefestigt schienen, so war es in China. Und gerade hier vollzieht sich — scheinbar ganz unvermittelt — der Übergang aus der altertümlichsten Staatsform, dem patriarchalischen Absolutismus, zu der modernen Gestaltung der demokratischen Republik.

In der Tat aber ist dies alles, was uns seltsam, fast unerhört erscheint, für China an sich nichts Neues. China hat im Laufe seiner Jahrtausende umfassenden Geschichte viele Umwälzungen, gewaltige Revolutionen, völlige Auflösung des Einheitsstaates erlebt und immer wieder überwunden. Aus Jahrhundertern anarchischer Zustände erhebt sich immer wieder in unerhörter Lebenskraft das chinesische Volk als kulturelle und politische Einheit.

Um die Hergänge der Gegenwart zu verstehen, ist ein Zweifaches erforderlich: einmal muß man sich das Wesen des chinesischen Staates klarmachen, oder vielmehr sich deutlich machen, wie der Chinese in seinem politischen Denken den Staat auffaßt. Denn das innerste Wesen des Staates liegt nicht in der Form

seiner äußeren Einrichtungen, sondern in der Auffassung von den Aufgaben und Zwecken, die eine menschliche Gemeinschaft zusammenhalten.

Für viele mag es überraschend sein, daß die Revolution in China eigentlich keine neuen Gedanken bringt. Nicht nur die Idee, neben die Regierung eine Volksvertretung, das Parlament, zu stellen, ist in China sehr alt; dieser Gedanke tritt schon unter der ersten geschichtlich genauer erkennbaren Dynastie, unter den Tschu (1122 bis 225 v. Chr.) hervor. Aber auch die Republik ist eigentlich nur die letzte Folgerung aus den politischen Grundsätzen, die in China die politische Anschauung seit ältester Zeit beherrschen. Für den Chinesen ist der Staat nicht eine über dem Volke stehende Macht, sondern die Verkörperung des Volkes selbst. Schon im vierten Jahrhundert v. Chr. spricht die chinesische Staatsreligion, der Konfuzianismus, die bis heute gültige Lehre aus: „Das Wichtigste ist das Volk, darauf folgen die Götter des Landes, zuletzt kommt der Fürst, er ist das Unwichtigste.“ Immer hat die Religion dem Volke das Recht eingeräumt, schlechte Fürsten — d. h. solche, deren Regierung mit oder ohne ihre Schuld durch allgemeines Mißgeschick unglücklich war — vom Throne zu stoßen. Dem untüchtigen Herrscherhaus entzieht der Himmel sein Mandat durch das Volk. Das Volk ist der eigentliche Souverän, indem es zum Vollstrecker des göttlichen Willens wird.

Somit ist das Selbstbestimmungsrecht des Volkes — auch über seine Regierung — ein alter Grundgedanke des chinesischen Staatslebens. Verbindet man damit die Tatsache, daß die chinesische Entwicklung immer wieder, und so auch heute, durch ein Aufsteigen der Volksmassen bestimmt ist, so liegt in dieser demokratischen Tendenz ein gewisser Zug zur Republik.

Die absolute Monarchie Chinas ist also durch die tatsächlichen Kräfte des Staatslebens in ihrer Gewalt stark begrenzt; neben ihr sind demokratische Gewalten stets sehr wirksam gewesen.

Aber wir haben damit noch nicht den eigentlichen Kern des chinesischen Staates, sein innerstes Wesen, erreicht. Das chinesische Reich ist in seiner Urform nichts anderes als eine Bauerngemeinde, die in der Weise organisiert ist, daß ein größeres Landstück, das quadratisch begrenzt wurde, in neun Felder geteilt war. Das Mittelfeld behielt der Grundherr als seine Domäne, während die umliegenden acht Felder an Frondiensten leistende Bauern verpachtet wurden. Diese uralte dörfliche Bauerngemeinde ist der Keim des chinesischen Staates; in ihr schon wurzelt das demokratische Wesen. Diese Gemeinde aber bildete zugleich eine religiöse Kultusgenossenschaft: die Gottheit des Gebietes hatte einen Kultus, und die kultische Verehrung des Gottes war in erster Linie die Aufgabe dessen, dem das Land gehörte, d. h. des Grundherrn. Hier liegt der Keim zur chinesischen Monarchie, die etwas ganz anderes ist als die aus dem Kriegsleben erwachsene Monarchie in Europa.

China ist in seinem innersten Wesen etwas ganz anderes als eine Demokratie oder Monarchie im europäischen Sinne; es ist beides zugleich und doch

zuletzt noch ein Besonderes. Die Verfassung und Verwaltung des chinesischen Reiches ruht seit ältester Zeit bis heute auf dem Grundgedanken, daß die menschliche Gemeinschaft von einer höchsten Weisheit, von einer göttlichen Macht gelenkt werde. Die menschliche Gemeinschaft ist der Staat, die göttliche Weltleitung tritt im Herrscher hervor, dem Vermittler zwischen Himmel und Erde, dem die Gottheit den Auftrag gegeben hat, das Wohl der Gesamtheit sowohl in materieller als auch in sittlicher Beziehung zu fördern und zu sichern. Dieses Wohl der Gesamtheit ist geknüpft an die staatliche Ordnung; sie zu wahren ist die Pflicht vor allem der Beamten. Der oft und mit Recht gerühmte soziale Ordnungssinn der Chinesen und ihr Pietätsgefühl beruhen auf diesem politischen Gedanken. Vor allem hat die Regierung, um dem Wohl des Ganzen zu dienen, die Pflicht, die Untertanen zu belehren, sie sittlich zu erziehen, sie in ihrer Arbeit zu fördern und zu schützen. Auch ein sozialistisches Element ist somit im chinesischen Staatsgedanken eingeschlossen und ist gerade von den bedeutendsten politischen und philosophischen Denkern Chinas — vor allem von Lao-tse — oft zum Ausdruck gebracht worden.

Der chinesische Staatsgedanke kennt ferner von vornherein keine nationalen Grenzen. Wie die göttliche Weisheit die das Weltganze beherrschende Macht ist, so kann sie auch nur in einem politischen Gebilde zum Ausdruck kommen, das keine Schranken kennt, d. h. der chinesische Staat ist in der Theorie ein Universalstaat, er umfaßt im Prinzip die ganze Menschheit. Da die chinesische Regierung keine gleichberechtigten selbständigen Mächte neben sich kennen konnte, sondern nur Vasallen oder Barbaren, die der Herrschaft des Himmels noch nicht gewonnen waren, sind ihre Vertreter in China oft auf so große Schwierigkeiten gestoßen.

Der chinesische Staat ist somit in seinem Wesen die Darstellung des höchsten Weltgesetzes in der Form eines religiösen Weltstaates, an dessen Spitze der absolute Herrscher, der „Himmelssohn“, steht. Wir können also China — freilich in einem besonderen Sinne — als eine „Theokratie“ bezeichnen. Von seinen höchsten Beamten umgeben bildet der Herrscher die Zentralgewalt; er überweist die Teilgebiete des Reiches an seine Vasallen, um sie in seinem Namen und nach seinen Weisungen zu regieren. Und diese höchste Vollmacht, die der Himmel dem Kaiser verleiht, wird weiter geteilt und ausgebreitet durch die Beamtenchaft. Jeder Beamte hat an dieser vom Himmel stammenden Macht Anteil und soll sie im Bereich seiner Tätigkeit anwenden, um den Staatszweck, das Wohl der menschlichen Gemeinschaft, zu erfüllen.

So sieht der chinesische Staat im politischen Denken der Chinesen aus. Wir müssen darin ihr politisches Ideal erkennen; ob es freilich jemals in dieser Gestalt Wirklichkeit gewesen ist, ist eine andere Frage. Die konfuzianische Literatur behauptet zwar, daß von den ersten Herrschern im chinesischen Altertum dieser Idealstaat als Vorbild für alle Zeit geschaffen sei. Die geschichtlichen Urkunden aber, die aus der alten Zeit erhalten sind, beweisen, daß Herrscher

und Volk von diesem Ideal oft recht weit entfernt waren. Aber trotzdem bedeutet solch Idealbild eine Macht, es wirkt auf Anschauungen und Überzeugungen, und an ihm werden Rechte und Pflichten gemessen.

* * *

Ein Zweites, was für das Verständnis des heutigen China von größter Bedeutung ist, sind die bewegenden und treibenden Kräfte der chinesischen Geschichte.

Zwei Erscheinungen sind es, die immer wieder im Verlauf der chinesischen Entwicklung die bestimmenden Mächte geworden sind:

1. der Gegensatz zwischen Nord- und Südchina — und
2. das Hereindringen fremder Volksmassen in den chinesischen Kulturstaat, den sie anfangs als Eroberer gewonnen haben, in dessen Kultur und Geist aber alle barbarischen Eroberer schließlich eingeschmolzen wurden.

Der Gegensatz von Nord- und Südchina ist schon durch die Landesnatur gegeben. Im Norden dehnen sich die unendlichen Flächen der Lößebene und das Schwemmland der chinesischen Riesenströme aus. Das Land ist gleichförmig, eintönig und arm an Reizen: nur vereinzelt Hügel, hier und da ein Baum, kaum je ein kleiner Wald. Das ist der Boden, auf dem der arbeitssame nordchinesische Bauer die Grundlagen der Kultur Chinas geschaffen hat. Und der Mensch ist hier wie das Land: der Nordchinese ist nüchtern, anspruchslos, ohne höheren Schwung der Phantasie und des Gefühls, demütig und abergläubisch, zugleich ganz der praktisch gerichtete Arbeiter, der sich den menschlichen Herren ebenso unbedingt unterwürfig fügt wie den Gewalten der Natur, die seine Arbeit so oft zerstören.

Ganz anders der Südchinese. Sein Land ist ein abwechslungsreiches, oft romantisch schönes Alpengebiet, und die Bewohner sind phantasiebegabt, selbstbewußt, stolz und ehreliebend, kriegerisch und vor allem, im Gegensatz zum ruhigen Nordchinesen, politisch stets zum Umsturz bereit. Der zähe nordchinesische Bauer erträgt in Geduld auch die ärgsten Mißstände und selbst Mißhandlungen, während der Südchinese sofort auflobert und in seinem stolzen Mute zum Schwerte greift. In der Geschichte Chinas ist dieser Gegensatz des passiven Nordens und des aktiven Südens häufig zur Geltung gekommen, und so ist es auch heute: die Revolution geht vom Süden aus und trägt in allem die charakteristischen Merkmale des stürmischen, schnell fertigen südchinesischen Wesens. Den Norden hat sie innerlich kaum berührt.

So kann man den Anteil des Nordens und des Südens an der Entwicklung Chinas dahin bestimmen, daß Nordchina die Kulturgrundlagen des Reichs in der zähen Arbeit des Bauern geschaffen, und daß der Süden die umgestaltenden, vorwärts treibenden, vor allem die geistig führenden Kräfte geliefert hat.

Die zweite, für die Gestaltung Chinas grundlegende Tatsache ist, wie erwähnt, das Eindringen fremder Völker, die sich oft zu Herren des Landes gemacht haben. Hier zeigt nun die chinesische Geschichte einen merkwürdigen Rhythmus des Geschehens. Ich habe vorher auf die Urgestalt des chinesischen Staates in der bäuerlichen Gemeinschaft hingewiesen. Die weitere Entwicklung beruht darauf, daß der agrarische Kulturstaat seine Grenzen immer mehr erweitert, er wächst von innen heraus, der Pflug des Bauern unterwirft das umliegende Land der Kultur und gliedert es dem Staate an. Sobald ein solcher Staat an seinen Grenzen mit barbarischen Nachbarvölkern zusammenstößt, wird die Lage kritisch. Das fruchtbare Kulturland lockt oft genug die räuberischen Nachbarn zu Einfällen. So kommt es zu einem andauernden Kriegszustand zwischen dem chinesischen Kulturgebiet und den Nomadenvölkern der Steppe im Norden und Nordosten Chinas, die als kriegerische Reitervölker dem chinesischen Bauern oft überlegen sind. Durch diese Nachbarn wird China zur Wehrhaftigkeit, zur Verteidigung und schließlich zur Ausdehnung seiner Macht gezwungen. Die beste Verteidigung ist der Angriff; so ist China dazu gekommen, die Nomaden zu unterwerfen. Das ist in der Tat in einer großartigen Expansion erfolgt. Aber dieses Ringen führte auch barbarische Völkermassen ins Reich, die Kraft genug hatten, die Herrschaft, das Kaisertum, zu gewinnen. Die stärkste, allen Mächten überlegene Gewalt aber blieb das chinesische Volkstum und die chinesische Kultur. Sie haben es vermocht, alle diese fremden Massen der chinesischen Kultur zu gewinnen und in das chinesische Wesen einzuschmelzen. Alle Eroberervölker — Türken, Tungusen, Mongolen und Mandtschu — sind in China zu Chinesen geworden.

* * *

Auch heute herrscht in China eine Dynastie, die nicht chinesischen Ursprungs ist, sondern dem nordasiatischen Volke der Tungusen angehört. Aber diese Dynastie und ihr Volk sind völlig in die chinesische Kultur eingegangen, ein nationaler Gegensatz wird gar nicht empfunden. Die Mandtschu als Fremdherrscher zu vertreiben, ist ein ganz unchinesischer Gedanke. Er widerspricht der konfuzianischen Lehre vom ethischen Universalstaat und der geschichtlichen Entwicklung Chinas. Von den vierzig Herrscherhäusern, die seit 180 n. Chr. in China regiert haben, sind vierundzwanzig nicht-chinesischen Ursprungs, sondern meist türkischer oder tatarischer Herkunft. Niemals haben sich die Völkermassen Chinas als politisch einheitliche Nation gefühlt; niemals haben sie die Herrschaft nicht-chinesischer Dynastien als Fremdherrschaft empfunden, sobald sich diese Herrscher in das chinesische Denken und Kulturleben einfügten, was stets geschehen ist. Die Chinesen haben fremden Herrschern dieselbe Treue erwiesen wie einheimischen, sie haben sich im Falle einer Mißregierung gegen chinesische Dynastien genau so energisch aufgelehnt wie gegen fremde. Der nationale Gegensatz gegen die Mandtschu ist erst 1898 vom Auslande her, von japanischen

Agitatoren, in die revolutionäre Bewegung hineingetragen worden. Die südchinesischen Reformer, die aus China oft hatten flüchten müssen, wurden erst in Japan darauf hingewiesen, daß die ihnen verhaßte Regierung der berühmten Kaiserin-Witwe eine Fremdherrschaft bedeute. Namentlich betonte die japanische Presse, daß die volksfremden Mandschu als ein den Chinesen geistig und kulturell weit nachstehendes Volk die chinesische Zivilisation elend verkommen ließen und jeden Fortschritt, jedes Streben nach besseren Staatseinrichtungen hemmten. Die Mandschu seien noch halbe Barbaren und Reaktionäre, die kulturstolze chinesische Nation dürfe ihre Herrschaft nicht dulden. Eine Volksvertretung allein, eine parlamentarische Regierung, werde alle Wünsche Chinas befriedigen. Neben die japanische Agitation trat der Einfluß einzelner in Europa und Amerika gebildeter Chinesen. Seit alters ist der Literatenstand in China die geistig führende Macht. Er hat diese modernen, besonders die japanischen Anregungen in sich aufgenommen und sich damit zum Stimmführer der Revolution gemacht, während sie den weiteren Kreisen des Volkes fremd geblieben sind. Der nüchterne und praktische Chinese erkennt aber, nach altchinesischer Auffassung, den Willen des Himmels am Erfolg. Verfällt der Staat, so ist seine Dynastie nicht mehr zur Herrschaft berechtigt und muß einer besseren weichen.

Wie ist nun heute die Lage der Mandschu in Anbetracht dieser Denkweise der Chinesen? — Zweifellos sehr schlecht. Es läßt sich nicht leugnen, daß das Herrscherhaus an denselben Schäden erkrankt ist, an denen viele chinesische Dynastien gestorben sind: Verweichlichung der Männer, Genußsucht, oft Trunksucht in argem Grade, Verschwendung in unerhörtem Luxus, Weiber- und Beamtenintrigen am Hofe. Das alles aber würde noch nichts schaden, wenn nicht im Laufe der letzten Jahrhunderte auch ein arger Verfall des Reichs eingetreten wäre: die Verwaltung ist verwahrlost, das Volk in weitesten Kreisen verelendet. Das war für den Chinesen schon um 1840 das untrügliche Zeichen, daß diese Dynastie ihr vom Himmel zugewiesenes „Mandat“ verloren hatte. Man durfte sie also nach chinesischer Auffassung mit vollem Rechte beseitigen. Der ungeheure Taipingaufstand hätte das auch bewirkt, wenn das Ausland damals nicht eingegriffen hätte.

Um der Gerechtigkeit willen muß betont werden, daß die Mißstände in China zum größten Teil nicht die Schuld der Dynastie, sondern darauf zurückzuführen sind, daß der in ganz altertümlichen Formen lebende Staat mit dem Ausland in Verbindung trat und ihm gegenüber völlig hilflos war. Namentlich traten im Handel und Verkehrswesen ganz neue Ansprüche auf, denen sich China nicht so rasch anpassen konnte. Vor allem fehlte eine Organisation des Finanzwesens, das den neuen Ansprüchen gerecht wurde. Die Europäer aber haben China oft nicht mit der nötigen Vorsicht und Schonung behandelt, so daß die Stellung dieses auf seine uralte Kultur stolzen Volkes in der Welt recht schmähslich erschien. Das empfanden die gebildeten Chinesen

sehr stark, während das Volk unter der Teuerung und der Steuerlast litt. Nach altchinesischer Weise machte man für alles Unglück die Dynastie verantwortlich. Ihre mandchurische Herkunft hat damit nicht das geringste zu tun; einer chinesischen Dynastie würde es unter solchen Verhältnissen nicht besser ergangen sein.

Ende der neunziger Jahre begann wieder im Süden Chinas die revolutionäre Gärung, die natürlich auf einen Sturz der Dynastie hingielte. Solche Pläne wurden bekannt, eine Anzahl südchinesischer Revolutionäre flüchteten nach Japan, von wo aus eine rege Agitation in China betrieben wurde. Unter den jungen Chinesen, die in Japan studiert hatten, trat 1903 zuerst das politische Schlagwort der Bewegung auf, der alte chinesische Ausdruck „Ho-ming“, d. h. „das Mandat entziehen“ — also: Beseitigung der Dynastie und Einsetzung einer neuen. Dieser Ausdruck traf die Sache genau, er entsprach durchaus der chinesischen Auffassung, er wurde das Symbol, um das sich alle unzufriedenen Elemente leicht sammelten. Dazu kam noch der alte Gegensatz zwischen dem Süden und Norden. Es erhebt sich die Frage, ob China in ein Südreich und ein Nordreich auseinanderfallen, was öfter geschehen ist, oder ob der Einheitsstaat gerettet werden kann. Das ist das Problem des Bürgerkrieges, der China bedroht.

Auf diese Bewegung sind dann künstlich die aus dem Auslande importierten „nationalen Ideen“ aufgepfropft worden. Das Volk weiß nichts davon. Ein Volk von dreihundert bis vierhundert Millionen, das in den Jahrtausenden seiner Geschichte den nationalen Gedanken niemals besessen hat, kann ihn nicht plötzlich übernehmen. Daß in der chinesischen Revolution auch politische Probleme eine entscheidende Rolle spielen, ist sicher; es sind zwei Fragen, um die es sich handelt: die Verfassungsfrage und der Zentralisierungsgedanke. Auf diese schwereren Fragen der inneren Politik Chinas will ich hier nicht eingehen.

Die Revolution hat sehr verschiedene Ursachen und vor allem auch sehr verschiedene Ziele, sie ist in sich nicht einheitlich. Alle Antriebe zur Revolution aber laufen auf eines hinaus: auf den Kampf gegen die Dynastie. Die Massen erheben sich, weil das Land in Verfall geraten und damit das „Mandat“ des Himmels für die Dynastie verloren ist. Die politischen Kreise des Südens erheben sich gegen die Dynastie, weil sie dem Norden Chinas angehört. Der hohe Adel der Provinzen ist gegen die Dynastie, weil sie die Idee des zentralisierten Einheitsstaates vertritt, der den Interessen des nach Selbständigkeit strebenden Adels widerstrebt. Endlich die von ausländischen Ideen berührten radikalen Demokraten wollen überhaupt keine Dynastie mehr haben, sondern die Republik. Gerade diese Kreise, die die chinesische Republik angeblich ins Leben gerufen haben, sind die schwächsten.

Was wird das Ende der Bewegung sein? Das ist schwer zu sagen; aber die chinesische Geschichte gibt doch für die Fragen der Gegenwart sehr lehrreiche Auskunft. Die auseinanderstrebenden Kräfte in der ungeheuren Völkermasse

Chinas sind stets sehr stark gewesen; nur wenigen ganz großen Herrschern ist es zeitweise gelungen, diese Massen zusammenzuhalten. Ferner ist sicher, daß China mit einer Verfassung, wie sie jetzt verkündet wird, nicht zu regieren ist. Die große Masse des Volkes weiß von Verfassungsfragen gar nichts und will auch nichts weiter, als in geordneten Verhältnissen ihrem Erwerb nachgehen. Die Erfahrungen in den chinesischen Provinzialtagen haben gezeigt, daß die Chinesen noch Jahrzehnte der politischen Arbeit bedürfen, ehe sie politische Aufgaben wirklich erfassen und ihre persönlichen Interessen unterordnen können.

Wenn aber die Dynastie wirklich völlig schwindet, dann tritt erst die kritische Lage ein. Die revolutionäre Bewegung ist in ihren Zielen zu wenig einheitlich. Schon jetzt treten die Gegensätze hervor. Ist der gemeinsame Feind, die Dynastie, beseitigt, dann wird jede Richtung ihr besonderes Ziel verfolgen, dann droht ein Kampf, bis schließlich der Stärkste Sieger bleibt. Welche Macht die Republik China zusammenhalten, die Gegensätze der Interessen überwinden soll, das ist nicht abzusehen. Der Kampf der Provinzen untereinander, der China schon oft erschüttert hat, droht bereits heute.

Aber der Ausgang kann auch ganz anders sein. Schließt sich der Süden zu einer Republik zusammen, so könnte sich der politisch besser organisierte Norden zu einem monarchischen Staate zusammenfinden, der die revolutionäre Bewegung im Süden sich selbst erschöpfen lassen kann. Die ganze Frage ist an ein Unberechenbares, an das Hervortreten einer Persönlichkeit geknüpft, die in den Ereignissen die Führung übernehmen kann. So jämmerlich sich der einst stolze Kriegeradel der Mandschu und vor allem die Dynastie selbst benommen hat, an der Festigkeit und Ruhe des Nordens kann sich der Staat wieder aufrichten. Ob der kühne, eminent kluge und rücksichtslose Realist der Politik Juan-schi-kai diese Aufgabe löst, wissen wir heute noch nicht, die Fähigkeit dazu hätte er.

Eine dauernde Republik China aber halte ich für eine Unmöglichkeit. Wie ich ausgeführt habe, ist das chinesische Reich ein Universalstaat von religiösem Charakter. Den Staat vertritt der Kaiser vor allem auch als Priester. Ohne den Kaiser ist der ganze religiöse Grundcharakter des Staates undenkbar. Die Republik würde nur dann möglich sein, wenn sich alle grundlegenden Anschauungen der Chinesen, vor allem das System des religiösen Denkens, völlig ändern würden. Daß sich durch Jahrtausende gefestigte Überzeugungen so rasch und tief wandeln sollten, ist aber für ein Millionenvolk unmöglich. Vielleicht ist das Ende eine neue Dynastie in China; denn an dem Ende der Mandschu, die offiziell die Abdankung, den Verzicht auf den Thron, ausgesprochen haben, ist kaum zu zweifeln. Die Möglichkeiten der künftigen politischen Gestaltung Chinas sind so vielfältig und liegen noch so völlig im Dunkel, daß auch hier Prophezeien ein gewagtes Unternehmen wäre. So viel scheint heute sicher zu sein: nicht der Radikalismus des Südens, sondern die konservativen Kräfte des Nordens werden die Zukunft Chinas bestimmen. Von geschichtslosen

Theorien und volksfremden Ideen kann auf die Dauer ein Staat wie China nicht leben.

Wir haben damit nur die historische Bestimmtheit und Eigenart der chinesischen Revolution berührt. Es fehlt noch eine, zu ihrer Ergänzung notwendige Betrachtung, nämlich die Psychologie der Kreise, die an den Kämpfen beteiligt sind. Auch hier ergibt sich ein höchst verwickeltes, vielfach abgestuftes Bild der ringenden Kräfte, das vor allem durch wirtschaftliche und soziale Zustände bestimmt ist. Seine Ausführung soll die Aufgabe einer späteren Darstellung in diesen Blättern sein.



Ein unbekannter Jugendaufsatz Friedrich Hebbels

Aufgefunden und mitgeteilt von Professor Dr. Richard Maria Werner-Wien



n dem furchtbaren „Memorial“, das Hebbel Ende Mai 1840 an seine „Wohltäterin“ Amalia Schoppe, geb. Weiße, richtete, schildert er unter anderem seine „Lage in Dithmarschen“, wobei er zwischen seinen Pflichten gegenüber dem Amt und gegenüber seiner dichterischen Entwicklung unterscheidet; er hebt das Zeugnis seines „Prinzipals“ hervor, das ihm „nicht die gewöhnliche, sondern die ausgezeichnete Pflichterfüllung bestätigte“, und fährt dann fort: „Meine Stellung war bürgerlich gesichert, ich konnte, um mich Ihres verletzenden Ausdrucks zu bedienen, ohne Sie bestehen, und bei dem allgemeinen Vertrauen, das man mir in öffentlichen Geschäften bewies, bei der Aufmerksamkeit, die ich noch ganz in der letzten Zeit durch einen publicistischen Aufsatz erregte, durfte ich auch für die Zukunft auf eine ehrenvolle Existenz rechnen.“

Dieser Aufsatz war bisher nicht nachzuweisen und die Vermutung, daß es sich um das Gedicht auf die Schlacht von Hemmingstedt handle, stimmte kaum zu dem Ausdruck des „Memorials“; darum bezeichnete ich in meiner Hebbelbiographie (S. 36) diesen „publicistischen Aufsatz“ als unbekannt. Hebbel selbst gedenkt seiner nicht wieder und aus den zugänglichen Quellen war nichts zu schöpfen. Eine neue genaue Durchsicht des Dithmarscher und Eiderstedter Boten, an dem Hebbel so eifrig mitarbeitete, ergab kein anderes Resultat als die frühere, wohl aber machte sie mich auf zwei Zeitschriften aufmerksam, die damals in Hebbels Vaterländchen erschienen: die Schleswig-Holsteinischen Anzeigen und die Dithmarsische Zeitung. Nach gütiger Mitteilung der Königlichen Universitäts-